

NORBERT FREI

60 Jahre nach Hitler - Die Gegenwart der Vergangenheit¹

Der heutige Sonntag steht in Ihrer Stadt im Zeichen der Erinnerung an ein Geschehen, das auf den Tag genau sechzig Jahre zurückliegt. Am 27. Februar 1945 wurde Mainz, wie etliche deutsche Städte schon vorher und wie noch manche danach, Ziel eines verheerenden Bombenangriffs, der viele Menschenleben kostete und das Gesicht auch dieser Stadt für immer verändert hat.

Sechzig Jahre: Das ist ein Zeitraum, dem wir im Rhythmus der Erinnerung meist weniger Beachtung schenken als etwa einem Datum, das sich zum 50. Male jährt. Doch diese Regel scheint derzeit außer Kraft gesetzt, und zwar nicht nur hier in Mainz. Wohin man in diesen Wochen und Monaten auch blickt: Überall in Deutschland erinnern sich die Menschen der Schrecken des Krieges und der Bombardierungen, und in fast jedem größeren Ort gibt es, wie jetzt bei Ihnen, Gedenkveranstaltungen, Gottesdienste und Gespräche.

Hinzu kommt ein Aufgebot der Medien und der Politik, das keinen Vergleich zu scheuen braucht mit den Formen des Gedenkens vor einem Jahrzehnt – ja, das vielleicht sogar dabei ist, in den Schatten zu stellen, was damals aufgeboten wurde, im Abstand eines halben Jahrhunderts vom Ende des so genannten „Dritten Reichs“. Denn bis weit in das kommende Frühjahr hinein wird uns das Thema ja begleiten.

Sechzig Jahre nach Hitler, so also scheint es, ist die Vergangenheit gegenwärtiger denn je. Aber ist dies mehr als ein oberflächlicher Befund?

Richtig ist ganz sicher, dass nach wie vor kein anderer historisch-politischer Gegenstand dieses Land in vergleichbarer Weise zu erregen vermag. Doch heißt das, die Deutschen halten Linie – und verteidigen einen Ruf: nämlich ihren Ruf als Erfinder und Weltmeister dessen, was man lange Zeit als „Vergangenheitsbewältigung“ bezeichnet hat?

Oder geht es inzwischen um etwas ganz anderes als um das, wofür dieser nicht sehr glücklich gewählte Begriff ursprünglich stand? Denn das, was der Begriff meinte, war ja nicht die einmalige Befassung mit der Geschichte und deren anschließende Entsorgung. Sondern Vergangenheitsbewältigung verstand sich als Gegenteil von fortgesetzter Verdrängung. Der Begriff stand damit für aufklärerische, selbstkritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Zeit; er stand für eine politische Kultur, die sich seit Anfang der sechziger Jahre langsam herausbildete und die die Gesellschaft der Bundesrepublik dann jahrzehntelang prägte.

¹ Der hier abgedruckte Vortrag, gehalten am 27. Februar 2005 im Staatstheater Mainz, beruht auf dem einleitenden Kapitel von: Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen. München: C. H. Beck 2005. Dort finden sich auch Belege und weiterführende Hinweise.

Charakteristikum dieser Epoche der „Vergangenheitsbewältigung“ war die Gegenwart der Zeitgenossen der NS-Zeit. So verstand sich die junge Disziplin der Zeitgeschichte seit den fünfziger Jahren denn auch als die wissenschaftliche Erforschung der „Epoche der Mitlebenden“ –und die Gegenwart dieser Mitlebenden, deren stets vorhandene Möglichkeit der Einrede, der Intervention, hat diese zeitgeschichtliche Forschung lange mitbestimmt – in vielerlei und komplizierter Weise.

Im Laufe der Zeit ist diese Gegenwart der Zeitgenossen freilich schwächer geworden, und tatsächlich geht sie eben zu Ende. Das aber, also der Abschied von den letzten Zeitgenossen des „Dritten Reiches“, bedeutet nichts weniger als das Ende einer Epoche. Denn mit dem Ende der Zeitgenossenschaft verschwindet der Nationalsozialismus aus dem in unserer Gesellschaft präsenten Vorrat an persönlicher Geschichtserfahrung.

Gegen dieses Faktum postulieren nun manche, als ließe Unabwendbares sich aufhalten, mehr denn je unsere Pflicht des Erinnerens. Aber darin liegt ein Element der Selbsttäuschung, denn die Wahrheit ist, dass fast niemand mehr sagen kann: „Ich erinnere mich!“ Für die allermeisten von uns sind die zwölf Jahre unter Hitler *keine* persönlich erlebte Vergangenheit, sondern Geschichte.

Das gilt inzwischen auch für die letzte Phase des Regimes, für die Zeit des Bombenkrieges, die momentan – ich sagte es bereits – nicht nur in Mainz so sehr im Zentrum des Gedenkens steht. Eine persönliche, aktive Erinnerung daran kann nur noch haben, wer heute schon im Rentenalter ist oder kurz davor. Das allerdings sind zum größten Teil Erinnerungen aus Kinder- und Jugendentagen, und mir scheint, in diesem Umstand liegt ein Schlüssel zum Verständnis unserer gegenwärtigen Debatte über die Zukunft der Vergangenheit – einer Zukunft, die eine Gegenwart ohne die viel beschworenen Zeitzeugen sein wird.

I.

Es ist dieser neu sich eröffnende vergangenheitspolitische Erwartungshorizont, vor dem die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts plötzlich in einem schärferen Licht erscheinen. So ist es, einerseits, entgegen manchen Befürchtungen zwar weder im Symboljahr 1995 noch in den Jahren danach zu jenem „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit gekommen, der schon in der Ära Adenauer regelmäßig herbeigewünscht wurde.

Andererseits aber haben sich die Inhalte und Formen der Vergegenwärtigung dieser Vergangenheit dramatisch verändert, seit am 8. Mai 1995, am 50. Jahrestag des Kriegendes, ein zwölfjähriger Turnus des Gedenkens zum Abschluss kam – ein Turnus, der mit dem Jahrestag der so genannten Machtergreifung 1933 begonnen hatte und dem Bann des „runden“ Datums geschuldet war. Im Vergleich zu den großflächigen medialen Aufbereitungen der NS-Geschichte, die uns seither beschäftigt haben, war, was damals zu Ende ging, ein konzentrierter Durchgang durch diese Vergangenheit, eine Inventur, sich noch ganz aus der nüchtern-aufklärerischen Tradition der alten Bundesrepublik verstand.

Wie anders dagegen die Jahre seitdem. Sie erweisen sich, auf einen einzigen Begriff gebracht, als die Dekade der Zeitzegen. Täter, Opfer und Mitläufer bekamen Gesichter, vor allem in den Medien, aber auch in der Wissenschaft. Anstelle geschichtlicher Ereigniskomplexe, Strukturen und Prozesse rückten die Menschen in den Vordergrund – ihr Leid wie ihre Verbrechen, ihre Handlungsspielräume wie deren Grenzen.

Welche Möglichkeiten der Veranschaulichung sich mit diesem Wechsel der Perspektive verbinden, haben viele von Ihnen sicher gesehen: nämlich 1994 in „Schindlers Liste“, Steven Spielbergs weltweit erfolgreichem Kinofilm über den unheldischen deutschen Helden Oskar Schindler und die von Schindler geretteten Juden. Mit großer Wucht machte Spielberg damals deutlich, dass die Standard-Entschuldigung der Mitläufer zu einfach war: Man *konnte* etwas tun, auch als einzelner. Und Spielberg zeigte, dass es eine Ausrede war zu sagen, wer in der NS-Zeit anständig bleiben wollte, und sei es im Kleinen, der habe dafür pausenlos Kopf und Kragen riskiert.

Unser Bild von der Wirklichkeit des „Dritten Reiches“ und von den Verhaltensmöglichkeiten des einzelnen ist in den neunziger Jahren also differenzierter und komplizierter geworden. Dazu beigetragen haben, bei allen Unterschieden im einzelnen, die intensive Debatte um die Hamburger Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht, das Tauziehen um die Entschädigung von Zwangsarbeitern, aber auch die neueren Forschungen und Diskussionen über „Arisierung“, Wiedergutmachung und Restitution. Auf jedem dieser Felder ging es – und geht es – immer auch um Konkretisierung und Veranschaulichung. Tatsächlich verfügen wir inzwischen über eine vordem unbekannte Nahsicht auf die Geschichte des „Dritten Reiches“ und vor allem des Zweiten Weltkriegs.

Zugleich hat sich damit unser Augenmerk verlagert. Ich habe es schon angedeutet: In den Mittelpunkt der Geschichte sind die *Geschichten* gerückt; im Zentrum des Interesses stehen die Erfahrungen einzelner Menschen, aber auch die Schicksale von Familien und Gruppen. Politische und gesellschaftliche Zusammenhänge treten demgegenüber eher in den Hintergrund. Was fasziniert, sind Fragen nach Schuld und Verhängnis, und Antworten auf diese Fragen werden eher auf der Ebene des persönlichen Verhaltens gesucht denn im Funktionieren des Regimes. Gesellschaftlich attraktiv geworden ist, kurz gesagt, die Moral in der Geschichte.

Eine Erklärung dafür liegt auf der Hand: Fragen, die den Generationen der Mitläufer und Täter jahrzehntelang nur um den Preis zu stellen waren, dass diese sie als Schuldbezeichnungen verstanden, sind inzwischen kaum mehr ein Problem. Das verschafft uns, den Nachgeborenen, Raum für genaueres Hinsehen, erlaubt es in gewisser Weise sogar erst.

Aber: diese neue Situation verleitet auch zu einem altbekannten Satz, der sich nun, als kostenloser Bekennermut, dem historischen Nachdenken gerne in den Weg stellt und jede Kritik zum Verstummen bringen kann. Sie alle kennen diesen Satz: „Ich weiß nicht, wie ich mich verhalten hätte.“ – In der Tat, das können wir nicht wissen, doch das heißt ja nicht, wie Jan Philipp Reemtsma

einmal zu Recht festgestellt hat, dass wir nicht wüssten, wie wir uns hätten verhalten sollen.

So leicht zu nehmen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, ist diese neue Neigung zur wohlfeilen Nachsicht mit den Zeitgenossen der NS-Zeit also nicht. Denn was darin seinen Ausdruck findet, das ist nicht notwendigerweise ein großes Herz, oft ist es wohl einfach auch gedankliche Bequemlichkeit. Aber noch etwas kommt hinzu: Die auf Anhieb so sympathische Frage nach dem potentiellen *eigenen* Verhalten anthropologisiert das Problem, sie verkürzt es auf das Allgemein-Menschliche – und sie begünstigt damit eine spezifische Form der *Enthistorisierung* der Geschichte. Sie begünstigt eine ganz unpolitische Sicht auf das „Dritte Reich“.

Das gilt zumal dort, wo sich das Interesse am Allgemein-Menschlichen mit jener Überschätzung der Figur des Zeitzeugen verbindet, die wir seit einiger Zeit vor allem im Fernsehen, aber auch in der Literatur beobachten können. Wenn einschlägige Produktionen sich immer stärker oder gar ausschließlich auf die vermeintliche „Authentizität“ der Zeitzeugen verlassen, wenn die Medien immer mehr der Deutungslogik ihrer Interviewpartner folgen, dann hat das Konsequenzen für unser Geschichtsbild: Der Nationalsozialismus erscheint dann als ein System, das aus der Summe der retrospektiven Selbsterklärungen seiner (letzten) Zeitgenossen zu begreifen ist.

Das aber kann nur wollen, wer den Rückfall in die Deutungsmuster der fünfziger Jahre nicht fürchtet: den Rückfall in eine Zeit, in der sich die Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrheit als Hitlers erste – und eigentliche – Opfer verstanden.

II.

Lassen Sie mich an einem Beispiel zeigen, wie ähnlich manche Intonierung des Themas Bombenkrieg, die wir in diesen Wochen hören können, der Stimmungslage in der frühen Bundesrepublik ist:

Die Szene spielt im Oktober 1952, beim ersten Nachkriegstreffen der Waffen-SS in Verden an der Aller. Bernhard Ramcke, ein ehemaliger Fallschirmjäger-General, beklagt sich bitter über die angebliche Siegerjustiz der Westmächte, die einige seiner Kameraden als Kriegsverbrecher verurteilt haben. Und dann platzt es aus ihm heraus: „Wer sind denn *wirklich* die Kriegsverbrecher?“ Die Antwort des Generals war damals populär, weit über seine unmittelbare Zuhörerschaft hinaus: Kriegsverbrecher seien jene, und jetzt wörtlich, „die ohne taktische Gründe ganz Städte zerstörten, die die Bomben auf Hiroshima warfen und neue Atombomben herstellen“.

Solche Kritik an den Siegermächten war in den fünfziger Jahren im Westen Deutschlands keine Seltenheit, aber auch im Osten war sie anzutreffen – dort freilich zensuriert von Seiten des Regimes und propagandistisch streng begrenzt: nämlich auf das Stichwort „Dresden“ und auf die Kriegführung von Briten und Amerikanern. Das Resultat: Wie zu Zeiten von Joseph Goebbels‘

sprach man in der DDR bis zuletzt von den „angloamerikanischen Terrorangriffen“.

Vor 14 Tagen nun, vor der Dresdner Frauenkirche, war viel von Versöhnung die Rede – aber auch, wie die ZEIT berichtete, von dem „einzuklagenden Recht, die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges zu betrauern“. Und eine junge Frau mit Aschermittwochszeichen auf der Stirn meinte, sie sei froh, so wörtlich, „dass wir jetzt frei sind, unseren Toten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“.

Wohlgemerkt: Die so denken und sprechen sind Menschen, die am 13. Februar zur Frauenkirche kamen, weil sie den Rechtsradikalen den Platz nicht überlassen wollten. Ist das nicht Ausdruck einer fundamentalen Verwirrung? Warum, so muss man doch fragen, wollen derzeit so viele Menschen in diesem Land sich einreden – oder einreden lassen –, die Deutschen hätten ihre Toten früher nicht betrauern können? Wie kommt es zu einer solchen Fehlwahrnehmung?

Was hat es zu bedeuten, wenn unsere Erinnerungsfähigkeit nicht einmal mehr ein Jahrzehnt zurückreicht, zum Beispiel bis zur Rede des damaligen Bundespräsidenten Herzog in Dresden? Eine Rede, in der Roman Herzog geradezu darauf bestand, ich zitiere ihn wörtlich, „auch um die deutschen Opfer unserer Geschichte (zu) trauern“. Denn, so Herzog, „man kann weder Ruhe noch Versöhnung finden, wenn man sich nicht der ganzen Geschichte stellt“.

Wenn solche simplen Grundeinsichten immer wieder neu – und wie es scheint: immer lauter – betont werden müssen: Kann dann noch der Hinweis helfen, dass die Geschichte der Bundesrepublik voll ist vom Gedenken an die „Opfer von Gewalt und Krieg“, wie die Formel lautet, die alljährlich zum Volkstrauertag beschworen wird?

Nutzt es dann noch festzustellen, dass überall in Deutschland schon bald nach 1945 Mahnmale errichtet und Kirchenruinen zu Orten des Gedenkens umgewandelt wurden, dass Archivare und Chronisten damit begannen, die Geschichte der Zerstörung ihrer Stadt zu dokumentieren? So geschehen selbstverständlich auch hier in Mainz, wie schon der rasche Blick in jeden Bibliothekskatalog zeigt. Seit 1951 sind etliche Bücher, Broschüren und Erlebnisberichte erschienen. Und Mainz ist keine Ausnahme.

Doch in der gegenwärtigen Stimmungslage soll das alles nichts mehr gelten – so wenig wie zum Beispiel der Schülerwettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten, in dem schon vor über zwanzig Jahren, nämlich 1982, mehr als 6 000 Jugendliche den Kriegsalltag in Deutschland erforschten – und dabei natürlich auch den Bombenkrieg: So, wie es immer wieder auch in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen geschah, bei jedem sich bietenden Anlass.

An den Fakten also kann es nicht liegen, wenn momentan so viele meinen, endlich sei ein *Tabu* gebrochen, *endlich* seien wir frei, unsere Toten zu betrauern. Der Skandal, so scheint mir, liegt deshalb nicht in dem vermeintlich früher empathielosen Umgang der Deutschen mit ihren Toten, der Skandal ist die fortgesetzte öffentlich Rede von den angeblichen Tabus, die es zu brechen gelte.

Im Übrigen: Es sind die Rechtsradikalen, die schon immer von diesen angeblichen Tabus gesprochen haben, und sie sind es, die nun davon profitieren, dass dieses Gerede in die Mitte unserer Gesellschaft gewandert ist.

Aber lassen Sie mich noch einmal einen Schritt zurückgehen. Vielleicht hilft ein etwas genauerer Blick auf die Situation in den fünfziger Jahren, um die gegenwärtigen Verschiebungen im kollektiven Gedächtnis der Deutschen besser zu verstehen.

Ich hatte gesagt, dass sich das Grundgefühl der Nachkriegsdeutschen, in erster Linie seien sie selbst die Opfer der Hitlerschen Politik gewesen, damals in Ost und West nur wenig unterschied. In der DDR ging es beim Stichwort Bombenkrieg um den „von oben“ gelenkten Versuch, deutsche Leiderfahrung im Sinne der Ost-West-Konfrontation agitatorisch auszumünzen.

In der jungen Bundesrepublik hingegen handelte es sich um einen „von unten“ artikulierten Protest. Dessen Ziel war es, alle Strafen und Sanktionen rückgängig zu machen, die von den westlichen Alliierten seit 1945 im Rahmen der politischen Säuberung und der juristischen Ahndung von NS-Verbrechen verhängt worden waren. Anfang der fünfziger Jahre gipfelten diese Proteste in der Forderung nach Freilassung aller verurteilten Kriegsverbrecher.

Unter der Oberfläche allerdings ging es in diesen hitzigen Debatten hier wie dort, im Osten wie im Westen, um mehr, nämlich um eine sozialpsychische Schuldentlastung auf sozusagen breiter Front.

Wohl gebot es die außenpolitische Raison der beiden neuen Staaten, der „Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ zu gedenken – bzw., in der Sprache der DDR: der „Opfer des Faschismus“ –, aber die Erwartungen der vormaligen Volksgemeinschaft reichten darüber hinaus: Die Durchschnittsdeutschen erwarteten wie selbstverständlich die Anerkennung *aller* Opfer – mithin auch jener, die sich für die Sache des Nationalsozialismus geopfert hatten.

Das größte Interesse an dieser Politik der Schuldeinebnung lag bei denen, die man als die Funktionsgeneration des Nationalsozialismus bezeichnen kann: also bei den um 1905 Geborenen, die die Geschicke der westdeutschen Gesellschaft noch lange bestimmten, die aber auch im Osten nicht ohne Einfluss blieben.

Es war vor allem diese Altersgruppe, aus der von Anfang an das Argument des *tu quoque* kam, also der Hinweis auf die Verbrechen der anderen, der Hinweis auf Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung – und das fast regelmäßig, wenn das offizielle Bonn Anlass hatte, sich zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der, wie man damals gerne sagte, „jüngsten Geschichte“ zu bekennen.

Mit ihrer reflexartigen Schuldabwehr, später mit dem beredten Schweigen auf die Fragen der eigenen Kinder, verstellten sich wohl die meisten aus diesen Jahrgängen, die an Hitler geglaubt und das System getragen hatten, die Möglichkeit einer echten Trauer auch über das eigene Leid.

Doch diese Grundstimmung so vieler, die mitgemacht hatten, blieb zum Glück nicht unwidersprochen. Die nächste, die so genannte „skeptische Gene-

ration“, reagierte auf eigene Weise. Dazu gehörte zunächst die Weigerung, sich dem Selbstmitleid der nach-nationalsozialistischen Volksgemeinschaft anzuschließen. Seit den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren gehörte dazu dann aber auch zunehmend der Mut, dem fortlebenden Hang zur Apologie einen anderen, einen aufklärerischen Diskurs entgegenzustellen. Den einstigen Flakhelfern und jungen Frontsoldaten ging es dabei, wie bald darauf den Achtundsechzigern, um politisch-kulturelle Erneuerung. Und diese sollte nicht zuletzt im richtigen – und das hieß: selbstkritischen – Sprechen über die Vergangenheit ihren Ausdruck finden.

Erst jetzt und in diesem Zusammenhang gerieten die Bomben- und Vertreibungstoten, auch die gefallenen Soldaten, ein wenig in den Hintergrund. Erst jetzt und in diesem Zusammenhang rückten die anderen Opfer, die Opfer der anderen – und dazu zählte man oft genug gedankenlos auch die deutschen Juden – etwas stärker ins Bewusstsein.

Von einer „Tabuisierung“ der so genannten *eigenen Opfer* konnte freilich keine Rede sein. Das zeigt schon der Blick in die Zeitungen von damals, das zeigt die florierende Publizistik der Verbände der Heimkehrer, der Vertriebenen, der Kriegswitwen und Kriegswaisen, das zeigen aber auch und nicht zuletzt die aus staatlichen Mitteln geförderten Großdokumentationen über Flucht und Kriegsgefangenschaft.

Aber richtig ist auch: Der Entschluss der „skeptischen Generation“, die „zweite Chance“ zur Demokratie kraftvoll zu nutzen, das Engagement der Wehler, Walser, Grass und Habermas, um nur einige zu nennen: es bedurfte auch einer gewissen Selbstimmunisierung – zum Beispiel durch die Zurückweisung falsch gestellter Fragen und der Antworten der Ewiggestrigen.

Was also damals entstand, war die demokratiepolitisch notwendige Unterscheidung zwischen privater Erinnerung, die ihren eigenen Gesetzen folgt, und verantwortungsvoller staatlicher Geschichtsrepräsentation: eben das Konzept jener altbundesrepublikanischen „Vergangenheitsbewältigung“, die sich als Gegenentwurf zur fortgesetzten Verdrängung herausbildete und inzwischen selbst schon Historie geworden ist.

Wer den gesellschaftlichen Nutzen dieses Konzepts im Rückblick bewerten möchte, der tut gut daran, die denunziatorische Opposition der Verstockten in Rechnung zu stellen. Denn diese erblickten in der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit über Jahrzehnte hinweg stets nur eine schwarze Pädagogik der „Umerziehung“: ein Teufelswerk, das den so genannten nationalen Selbstbehauptungswillen der Deutschen unterminiere.

Im Laufe der neunziger Jahre freilich begannen manche, die gegen solche absurden Unterstellungen stets aufgetreten waren, sich vom Ethos der „Vergangenheitsbewältigung“ zu distanzieren. Vielleicht spielte dabei eine Rolle, dass die gesellschaftlichen Abwehrreaktionen doch mittlerweile schwach geworden waren – anders gesagt: dass das Projekt der Aufklärung über die Vergangenheit inzwischen als geglückt, als ein Erfolg betrachtet werden konnte.

Ganz sicher aber hatte die Sinnesänderung mancher Protagonisten der skeptischen Generation auch mit dem zu tun, was ich eine sich verschiebende Generationen*konstellation* nennen möchte: dass also neue, unbelastete Generationen nachgewachsen waren und die *Funktionsgeneration* der NS-Zeit verschwunden war. Vielleicht am meisten aber hingen die Veränderungen bei den einstigen Flakhelfern mit dem eigenen Älterwerden zusammen, mit einem die Selbstversöhnung des Alters suchenden Blick auf die eigene Biographie: zum Beispiel auf die Zeit als Pimpf in der HJ, deren man sich nun ein bisschen sentimental-normal erinnern wollte.

Jedenfalls war jene Selbstentpflichtung aus dem „Erinnerungsdienst“, die Martin Walser 1998 in der Frankfurter Paulskirche vortrug, nur das spektakulärste Beispiel für sich wandelnde Positionen. Die Suche nach einem Verhältnis zu unserer Vergangenheit, das den neuen Konstellationen angemessen scheint, ist seitdem eröffnet.

Vielen geht es dabei offenbar, wie Günter Grass im „Krebstgang“, seiner Novelle über den Untergang der „Wilhelm Gustloff“, um mehr Verständnis für die Erfahrungen und Zwangslagen des einzelnen – und um nachgetragene Empathie auch für die Opfer unter den Deutschen. Dagegen wäre überhaupt nichts einzuwenden. Irritierend allerdings ist Grassens rhetorischer Trick, in der Gestalt des „Alten“ sich selbst als Überwinder eines ungerechtfertigten „Tabus“ zu feiern – nämlich der angeblichen Vernachlässigung des Leids der Vertriebenen. Fast musste man den Eindruck bekommen, als habe der Nobelpreisträger seine „Blechtrummel“ beiseite gestellt und als eifere er der vergangenheitspolitischen Egozentrik seines Altersgenossen Martin Walser nach.

Inzwischen zeichnet sich deutlicher ab, was bereits zu beobachten war in der zwar nicht sonderlich großen, aber signifikanten Gruppe der Soldatensöhne, die in den neunziger Jahren gegen die „Wehrmachtsausstellung“ demonstrierte: Es zeichnet sich ab, dass in der Achtundsechziger-Generation, oft gerade bei denen, die sich einst als Revolutionäre begriffen, die Bereitschaft zum milderem Urteil wächst, ja zur Revision.

Der radikale Perspektivenwechsel mag immer noch die Ausnahme sein – sprich: der Wechsel von den *Opfern der Deutschen* zu den *Deutschen als Opfern*, wie ihn der vormalige Linksaußen Jörg Friedrich zelebriert, mit seinen expressionistischen Kaskaden über den Bombenkrieg. Aber wer ein wenig darauf achtet, der vernimmt aus Kreisen, die einstmals alles, gerade auch das Private, für „politisch“ hielten, heutzutage erstaunlich unpolitische Töne einer privatistischen Geschichtsbetrachtung, in der sich die Unterschiede zwischen Tätern, Opfern und Mitläufern verwischen.

Wo man vor drei Jahrzehnten nach dem „roten Großvater“ fahndete – übrigens meist vergeblich –, da dominiert mittlerweile der Wunsch nach Aussöhnung mit den alten Eltern. Und wo diese Aussöhnung nicht mehr möglich ist, da entdeckt sich – denn wir leben im Zeitalter der Opferkonkurrenz –, neues Leid: nämlich Leid aus der Scham darüber, die Chance zur Versöhnung versäumt zu haben. Und entsprechend mahnt uns eine pathetische Psychohistorie, den

„letzten Zeitzeugen“ Gehör zu schenken – unter dem Motto: „Bevor es zu spät ist“.

Dabei allerdings geht es nun nicht mehr nur um Gespräche mit Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung, sondern ganz unterschiedslos – und gleichwohl emphatisch – um, wie es heißt, „Begegnungen mit der Kriegsgeneration“.

Auch die deutsche Gegenwartsliteratur reagiert auf dieses neue Bedürfnis nach weicheren Bildern: Das Genre des nachfühlenden, einfühlsamen „Familieneromans“ hat derzeit große Konjunktur. Doch nicht allein in Büchern wird den Mitläufern und Tätern, die im Bombenkrieg, an der Front oder durch die Vertreibung zu Opfern wurden, das späte Mitgefühl ihrer Kinder zuteil. Wie man hört, kennt auch die Therapeutenzene mittlerweile viele Deutsche der „zweiten Generation“, die als so genannte „Täter-Kinder“ nun versuchen, ihre Väter und Mütter zu verstehen.

Wir haben es also mit einer Psychodynamik der Generationenfolge zu tun, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sich für die Kinder des Krieges mit dem Verschwinden wenn nicht der eigenen Eltern, dann doch der letzten Zeitgenossen aus deren Jahrgängen die Perspektiven auf die Vergangenheit noch einmal deutlich verändern. Diese Psychodynamik eröffnet den Kriegskindern die Möglichkeit, sich selbst und die eigene Kohorte als Opfer zu erkennen: als Opfer des Bombenkriegs, der Vertreibung, der ererbten Schuldgefühle. Die Identifikation mit den *Opfern des Holocaust*, die einstmals Ausdruck einer bewussten Distanzierung von der Elterngeneration war, sie tritt darüber offenbar in den Hintergrund.

Die Folge dieser Dynamik ist ein vielschichtiger Prozess der Diffusion von Empathie, vielleicht sogar ihr Transfer. Denn nicht nur rücken die Deutschen der „ersten Generation“, also die Zeitgenossen der NS-Zeit, in der Wahrnehmung ihrer Kinder dorthin zurück, wo sie am Ende der Hitler-Zeit sich selbst gesehen hatten, nämlich an der Seite der unbestreitbaren Opfer des Nationalsozialismus oder gar an deren Stelle. Darüber hinaus sucht jetzt die „zweite Generation“ – für sich selbst und für ihr Bild von ihren Eltern – die Anerkennung der eigenen Kinder, mithin der „dritten Generation“.

Da nun aber die Täter inzwischen fast ausnahmslos gestorben sind, führen diese Verschiebungen dazu, dass den wenigen noch lebenden Opfern des Holocaust und anderer nationalsozialistischer Verbrechen sowie deren Kindern und Kindeskindern immer mehr Deutsche gegenüberstehen, die sich *ihrerseits* als Opfer begreifen.

III.

Es ist sicherlich zu früh, die Konsequenzen dieser veränderten Generationenkonstellation schon eindeutig beurteilen zu wollen. Aber klar zu sein scheint mir doch: Seit die Generation der Flakhelfer abgewählt ist, sprich: seit dem Ende der Ära Kohl, hat ein neuer Ton im Umgang mit der Vergangenheit auch Einzug in die Politik gehalten. Dabei ist es von verstörender Ironie zu sehen, mit wel-

chem Behagen sich die Generation Schröder im Gnadestand jener „späten Geburt“ einrichtet, von der Helmut Kohl 1984 in Israel gesprochen hatte. Kohls Versuch, die Schuldlosigkeit seiner Generation, der jungen Flakhelfer eben, zum Ausdruck zu bringen, stieß auf so viel Kritik auch deshalb, weil die Generation der Täter und Mitläufer damals durchaus noch unter uns war – ein journalistischer Schreibtischtäter war sogar Mitglied der Delegation.

Doch das ist 20 Jahre her. Inzwischen kann der Nachfolger im Kanzleramt des „neuen Deutschland“ (auch dies schon ein Kohl-Wort von damals) vieles äußern, was seinem Vorgänger noch reichlich übel genommen worden wäre. Wenn Gerhard Schröder in der Normandie aus Anlass des 60. Jahrestages der alliierten Invasion postuliert, für eine Nation zu sprechen, die „den Weg zurück in den Kreis der zivilisierten Völkergemeinschaft“ gefunden hat, dann ist das keineswegs nur die Beschreibung einer seit 1989/90 objektiv veränderten politischen Lage. Es ist vielmehr auch Ausdruck einer subjektiv als derart groß erlebten Distanz gegenüber dem – so Schröder – „alte(n) Deutschland jener finsternen Jahre“, dass sogar ein neues Spiel auf der Klaviatur des Patriotismus erlaubt zu sein scheint.

Gerhard Schröder, Halbweise, Jahrgang 1944, aufgewachsen in prekären materiellen Verhältnissen, hat beste Aussichten, zum heimlichen Repräsentanten jener rasch sich ausbreitenden Erinnerungsgemeinschaft der Kriegskinder zu werden, deren Selbsterfindung wir gerade erleben. Deutlich wurde dies im letzten Sommer in der Normandie, als Schröder formulierte: „Das Grab meines Vaters, eines Soldaten, der in Rumänien fiel, hat meine Familie erst vor vier Jahren gefunden. Ich habe meinen Vater nie kennen lernen dürfen.“ – Wer als Staatsmann in diesem Modus des Privaten über die Geschichte spricht, der bekennt sich damit nicht nur zu einer typischen „Schicksalslage“ (Schelsky) seiner Generation, der wirkt auch mit an einer Umcodierung der Vergangenheit. In deren Mittelpunkt schieben sich nun: die Deutschen als Opfer.

Im Sinne dieser Umcodierung wirkt auch die Debatte um jenes „Zentrum gegen Vertreibungen“, dessen Errichtung die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, Jahrgang 1943, seit einiger Zeit mit aller Macht verfolgt. Eines der Motive ist zweifellos auch hier der Generationenwechsel: Der Übergang von der so genannten „Erlebnis-“ zur „Bekennnisgeneration“ der Vertriebenen erfordert offenbar neue verbandspolitische Strategien. Ungeachtet der gravierenden Bedenken vieler in- und ausländischer Fachleute, vor allem aber auch gegen die öffentliche Meinung in Polen und Tschechien, soll das Zentrum nun im nationalen Alleingang realisiert werden – und zwar in Berlin, in demonstrativer Konkurrenz zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Doch die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist unterdessen noch auf anderer Ebene der Relativierung ausgesetzt, auf der es ebenfalls um *deutsche* Opfer geht: nämlich mit Blick auf die Verbrechen des Stalinismus. Das Problem liegt dabei nicht so sehr, wie noch zu Zeiten des Historikerstreits, in der Frage der „Singularität“ des Holocaust und der Legitimität des Vergleichens, sondern in dem nivellierenden Anspruch auf Anerkennung einer, wie es heißt, „doppelten Diktatur“.

Im Bundestag hat diese Auffassung ihren Niederschlag in einem Antrag der Union gefunden, der, so wörtlich, ein „Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“ verlangt. Denn beide Diktaturen seien „von einer Gewaltherrschaft geprägt (gewesen), die sich in der systematischen Verfolgung und Unterdrückung ganzer Bevölkerungsgruppen manifestiert hat“. Die Sorge ist, dass eine solche Argumentation auf angleichende Deutung zielt, dass sie die kategorialen Unterschiede von Gewalt und Genozid verwischt und im Übrigen zum Thema Zustimmung, Regimeloyalität und Täterschaft kein Wort verliert.

Und es entsteht der Eindruck, dass es um eine politische Diskursverlagerung geht: um die staatliche Kanonisierung eines „nationalen Gedenkens“, das die historischen Proportionen verschiebt: nämlich zugunsten der Erinnerung an die Opfer des Kommunismus und der Vorkämpfer seiner friedlichen Überwindung.

Anstelle der deutschen Täter und Mitläufer sollen die deutschen Opfer und Freiheitshelden in den Vordergrund treten. Dazu passt, dass der Antrag drei weitere „Ereignisse und Themenkomplexe“ aufzählt, die – so wörtlich – „in der Erinnerungskultur der Deutschen zu Recht einen herausgehobenen Platz beanspruchen“: nämlich die „Opfer von Flucht und Vertreibung“, die „zivilen Opfer der alliierten Luftangriffe“ sowie die „friedliche Revolution und Wiederherstellung der staatlichen Einheit“.

Eine Tour d'horizon durch die Gegenwart der Vergangenheit, wie ich sie hier versucht habe, muss vieles ungesagt lassen, und im Zweifel habe ich die problematischen Seiten angesprochen, nicht all das, was an Engagement und Initiativen, gerade auch in Städten und Gemeinden, zu loben ist und zu loben bleibt.

Sechzig Jahre nach Hitler, so scheint es, macht sich ein neues Geschichtsegefühl breit – noch unausgegoren zwar, aber unübersehbar. Das Ende der Schuld scheint nahe, und von links bis rechts sind die Erwartungen an diesen Zustand groß. Einem Land, in dem keine Täter mehr leben, eröffnen sich, so die Auguren, bisher nicht gekannte Chancen.

Gewiss, die politische Großdeutung der Kapitulation des Deutschen Reiches wird auch im Abstand von sechzig Jahren der Linie folgen, welcher Richard von Weizsäcker 1985 – spät genug – zur Durchsetzung verhalf und die nach einer weiteren Dekade im Westen Deutschlands so befestigt war, wie sie im Osten bezweifelt wurde: der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung. Doch wenn nicht alle Zeichen trügen, dann leben wir, was unseren Umgang mit der Vergangenheit betrifft, in einem Gezeitenwechsel.

Es ist schwer zu sagen, mit welchem Ereignis wir später einmal jene Zäsur in unserem Verhältnis zur NS-Geschichte verbinden werden, deren Entfaltung wir offenbar gerade erleben. Einiges spricht dafür, dass es der Staatsakt werden könnte, mit dem in Berlin am 10. Mai das Denkmal für die ermordeten Juden Europas eingeweiht wird.

Symbolpolitisch hat es das noch nicht gegeben: dass eine Nation im Zentrum ihrer Hauptstadt ihr größtes geschichtliches Verbrechen bekennt. Nach mehr als eineinhalb Jahrzehnten der Debatte markiert der Zeitpunkt, zu dem dies nun

geschieht – zwei Tage nach der 60. Wiederkehr des Kriegsendes in Europa –, auch für den Holocaust die Schwelle des Übergangs von der Erfahrung zur Geschichte.

Gewiss, einige der Täter sind noch immer unter uns, und die jüngsten ihrer Opfer, die damals überlebten, werden uns, zu unserem Glück, noch eine Zeitlang begleiten. Aber klar ist doch bereits, was das Stelenfeld in der Nachbarschaft des Brandenburger Tors fortan symbolisieren wird: Die Zukunft der Vergangenheit hat begonnen, und sie wird eine Gegenwart sein, in der uns nicht mehr die Überlebenden zu unserem Geschichtsbewusstsein verhelfen. Wir werden uns selber helfen müssen.